



---

Kantonsrat

## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. März 2021  
Kantonsratspräsidentin Fanaj Ylfete

### **P 514 Postulat Wedekind Claudia und Mit. über Unterstützungsmassnahmen vor und in der Berufsausbildung sowie in zukunftsgerichtete Berufsfindungsmodelle / Bildungs- und Kulturdepartement**

Das Postulat P 514 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht.  
Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.  
Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 111 zu 1 Stimme zu.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.  
Patrick Hauser und Angelina Spörrli beantragen teilweise Erheblicherklärung.  
Claudia Wedekind hält an ihrem Postulat fest.

Claudia Wedekind: Max Weber sagt: „Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass zugleich.“ Mir liegen Jugendliche sehr am Herzen, die sich im Übergang von der obligatorischen Schulzeit in die Berufswelt befinden, sowie junge Menschen in der Berufslehre. In dieser Zeit, in der wir uns seit über einem Jahr und womöglich noch länger befinden, müssen wir alles dafür tun, dass diese jungen Menschen in der wichtigen Phase der Berufsfindung unterstützt werden. Vorab ist es mir ein Anliegen, der Regierung für ihr grosses und sehr wichtiges Engagement in diesem Bereich zu danken. Die Stellungnahme der Regierung zeigt, dass das Thema die Aufmerksamkeit der Regierung und der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung erhält. So wurde beispielsweise die Zentralschweizer Bildungsmesse (ZEBI) digital auf die Beine gestellt und auch die Rent-a-Stift kann digital stattfinden. Zudem wird abgeklärt, ob eine digitale Lehrstellenbörse aufgebaut werden kann. Diese Beispiele beruhigen, aber in meinem Umfeld, das auch aus Eltern von Jugendlichen in der Berufswahlfindung oder aus Lehrpersonen besteht, erlebe ich, dass im Moment alles viel schwieriger ist. Auch wenn alle ihr Bestes geben, fühlen sich viele oft überfordert und unsicher. Es ist allen und auch mir bewusst, dass nun eine grosse Eigenverantwortung gefragt ist. Trotzdem braucht es die Angebote und die Massnahmen des Kantons. Der Kanton hat ein gutes Augenmass, macht viel und bietet wichtige Unterstützung an. Trotzdem braucht es in den nächsten Wochen und Monaten noch zusätzliche Massnahmen. Erst gestern wurde erneut bekannt, dass Schnupperlehren in gewissen Branchen Mangelware sind. Eine befreundete Unternehmerin nimmt aktuell Schnupperlehrlinge auf, obwohl sie keine freie Lehrstelle hat. Sie bietet den jungen Menschen aber eine Perspektive. Es ist eine Tatsache, dass die Zahlen zur Covid-19-Epidemie auf der Homepage des Kantons Luzern wenig Zuversicht auf mehrtätige, uneingeschränkte Schnupperlehren in Branchen wie dem Gesundheitswesen, den Büroberufen oder dem Gastrobereich versprechen. Deshalb bitte ich den Regierungsrat, am Thema dranzubleiben und nötigenfalls weitere Massnahmen umzusetzen. Das ist das Herzstück meines Postulats: Richten Sie den Blick auf die Jugendlichen, die in nächster Zeit eine Lehrstelle brauchen. Sie verdienen unsere Unterstützung, denn sie sind unsere Zukunft.

Ich halte an der Erheblicherklärung fest.

Patrick Hauser: Wie von der Regierung ausgeführt, ist die Situation bis heute nicht so gravierend, wie sie hätte erwartet werden können. In der Vergangenheit und bis zum heutigen Tag wurden verschiedene Aktivitäten entwickelt, um Gegensteuer zu geben. Wir erwarten ein verzögertes Eintreten der Verschlechterungen. Im Sinn auf künftige Entwicklungen und nicht auf die Vergangenheit und die Gegenwart bezogen beantragt die FDP-Fraktion die teilweise Erheblicherklärung.

Angelina Spörri: Am Berufswahlprozess sind viele Partner beteiligt: Lernende, Eltern, Lehrpersonen, Lehrbetriebe und Verbände. Die aktuelle Situation fordert von allen Beteiligten mehr Einsatz und Ausdauer, einerseits von den Schülerinnen und Schülern, überhaupt eine Schnupperlehrstelle zu finden, andererseits von den Betrieben, trotz der aktuell vorgegebenen Schutzkonzepte geeignete Schnuppertage anbieten zu können. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist es darum umso wichtiger, dass die Lehrbetriebe mit Unterstützung der Berufsverbände alles daransetzen, trotz der schwierigen Bedingungen weiterhin Schnupperlehrplätze anzubieten. Es ist auch in ihrem Interesse, auch in Zukunft genügend Fachkräfte zur Verfügung zu haben. Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Regierung die Probleme und Gefahren erkannt, die notwendigen Massnahmen getroffen und auf die Digitalisierung umgestellt hat. Diese Antworten konnte man schon im Rahmen der vorgängigen Anfrage von Claudia Wedekind anlässlich der letzten Session entnehmen. Es ist wichtig, dass alle Beteiligten regelmässig informiert werden. Über die angepassten und allenfalls neu geschaffenen Angebote soll ebenfalls berichtet werden. Aktuell scheint die Problematik überschaubar zu sein, die Lernenden bleiben trotz der erschwerten Bedingungen hartnäckig auf der Suche nach Schnupperlehrplätzen, und der Kanton hat wichtige und notwendige Anpassungen vorgenommen. Jetzt darf aber nichts als erledigt ad acta gelegt werden. Es braucht weiterhin ein gutes Monitoring und dass bei einer allfälligen Verschlechterung der Situation – was zu erwarten ist – zügig weitere Massnahmen eingeleitet werden können. Deshalb beantragt die GLP-Fraktion die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Reto Frank: Die Berufsbildung ist in einer Verbundpartnerschaft organisiert. Die Partner bestehen aus Bund, Kantonen und den Berufsverbänden, den sogenannten OdAS. Die partnerschaftliche Aufteilung der Aufgaben zur beruflichen Bildung von Nachwuchskräften in den einzelnen Berufsbranchen erfolgt subsidiär. Unternehmen organisieren sich in Berufsverbänden, die für ihre Berufe die Lern- und Kompetenzziele zusammen mit Bund und Kantonen festlegen. Die Organisation und Umsetzung der Berufsbildung obliegen den Berufsverbänden respektive den Unternehmen der einzelnen Branchen. Es liegt seit jeher im Interesse und in der Verantwortung der Unternehmen, zusammen mit ihren Verbänden für den Nachwuchs zu sorgen und mit Bund und Kantonen die Bildungs- und Arbeitsqualität zu sichern. Auch im Fall von Massnahmen im Rahmen der Corona-Krise sorgen die Unternehmen für die Umsetzung von entsprechenden Massnahmen nach Vorgaben durch Bund und Kantone sowie nach Massgabe der Branchenverbände. Die Verbundpartnerschaft mit der Aufteilung von Kompetenzen und Aufgaben funktionierte schon immer sehr gut. Es ist nicht notwendig, dass der Kanton Vorgaben macht, welche in der Kompetenz der Unternehmen liegen, oder dass die Politik versucht, steuernd einzuwirken. Zudem muss unterschieden werden, wo eine politische Intervention notwendig ist und bei was es sich um eine Führungsaufgabe handelt. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab.

Tobias Käch: Als in der Berufsbildung tätige Person sehe ich, wie Lehrlinge unter den Auswirkungen der Coronapandemie und der nötigen Schutzmassnahmen leiden. Einige sind seit einem Jahr im Homeoffice ohne physischen Kontakt mit den Vorgesetzten und den anderen Auszubildenden. Einzig in der Berufsschule haben sie noch soziale Kontakte. Aus meiner eigenen Zeit als Polymechanikerlehrling weiss ich, wie wichtig dieser Austausch ist. Sollte es nun zu Konkursen von Lehrbetrieben kommen, müssen die Lernenden rasch neue Betriebe finden, wo sie ihre Ausbildung abschliessen können. Allenfalls braucht es dazu seitens des Kantons mehr personelle Ressourcen, wohl aber erst zu dem Zeitpunkt, in dem die finanziellen Unterstützungsmassnahmen von Bund und Kanton auslaufen. Der

Stellungnahme der Regierung entnehmen wir, dass nur wenige Lehrvertragsauflösungen erfolgt sind. Es zeugt von einer vorausschauenden Planung, dass allfällige nötige Massnahmen vorbereitet sind. Das finden wir sehr gut. Da sich die Situation für die Lernenden wohl erst nach dem Ende der Pandemie beruhigen wird, ist dieses Postulat nicht abzuschreiben, sondern erheblich zu erklären.

Jonas Heeb: Die dringliche Behandlung des Postulats ist unbestritten, und die Forderungen tönen auf den ersten Blick sehr gut. Bei genauerem Hinsehen habe ich mich aber schon gefragt, was der Kanton konkret unternehmen soll beziehungsweise welche Erwartungen mit den formulierten Forderungen verbunden sind. Die erste Forderung, eine Lockerung der Schutzmassnahmen zugunsten von Schnupperlehren, erachten wir in Anbetracht der epidemiologischen Lage als wenig zielführend. Hier sind die Betriebe in der Verantwortung, trotzdem Schnupperlehren anbieten zu können. Selbstverständlich soll der Kanton dabei unterstützend zur Seite stehen. Die zweite Forderung – und ich stehe ja einer staatlichen Unterstützung weiss Gott nicht negativ gegenüber – ist sehr allgemein formuliert, und mir ist nicht klar, was genau der Kanton unternehmen soll. Die Stellungnahme der Regierung bringt es auf den Punkt: die kantonale Beteiligung ist auch in der momentanen Situation bereits vorhanden. Letztlich gibt es beim Prozess der Lehrstellensuche auch eine gewisse Grenze, inwiefern sich der Kanton in die bestehenden Prozesse einbringen kann. Es ist erfreulich, dass die Zahl der Lehrvertragsauflösungen eher gering geblieben ist. Wir sind aber damit einverstanden, dass die Situation im Auge behalten werden muss und der Kanton wo immer notwendig einschreiten soll. Die aktuelle Begleitung durch den Kanton scheint professionell zu sein und gut zu funktionieren, und so soll es auch bleiben. Natürlich müssen auch die Betriebe ihre Verantwortung wahrnehmen, ein entsprechender Antrag von Simone Brunner bei der Beratung der Botschaft B 62 hat heute Morgen aber leider keine Mehrheit gefunden. Am Schluss der regierungsrätlichen Stellungnahme heisst es: «Lehrvertragsauflösungen aufgrund von Betriebsschliessungen oder Kurzarbeit waren bislang die absolute Ausnahme. Die Kurzarbeitsentschädigungen gelten seit Kurzem auch für Lernende, was die Situation zusätzlich stabilisiert. Sollte dies in grösserem Masse eintreten, sind die Massnahmen vorbereitet.» Es wäre spannend zu hören, um welche Massnahmen es sich dabei handelt. Die G/JG-Fraktion lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab. Wir verstehen die Forderungen als Dauerauftrag des Kantons und nicht als ein punktuell eingreifen.

Helene Meyer-Jenni: Selbstverständlich erachtet es die SP-Fraktion ebenfalls als wichtig, dass Lernende und angehende Berufsleute rund um die Berufsbildung mit all ihren Aspekten bestmöglich unterstützt werden, und das vor, während, aber auch nach Corona. Selbstverständlich sind die Prozesse in den Zeiten dieser Pandemie deutlich erschwert und leider ebenso eingeschränkt. In den vergangenen Monaten wurden an verschiedenen Orten und unter Nutzung von digitalen Optionen rasch Anpassungen vorgenommen. Die Postulantin zeigt gut auf, dass sich ein ganzes Netzwerk um diese Thematik kümmert. Um genau dieses Netzwerk dreht sich die Stellungnahme der Regierung. Die SP-Fraktion erachtet die Antwort der Regierung als nachvollziehbar, gut und realistisch. Deshalb unterstützen wir den Antrag der Regierung auf Ablehnung wegen Erfüllung. Wir sind klar der Meinung, dass es sich beim Kümmern um dieses Netzwerk um einen Dauerauftrag handelt. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen auch laufend angepasst werden. Wenn aber festgestellt würde, dass die Verantwortlichkeit dieser Netzwerkpartner – des Kantons, der Dienststelle oder der Branchenverbände – nicht funktioniert oder es Anpassungen bedarf, muss dies nach der Krise geschehen; erst dann müssen die Zuständigkeiten geprüft und Korrekturen angebracht werden. Eine Irritation bleibt, nämlich dass die FDP-Fraktion heute Morgen bei der Beratung der Botschaft B 62 den Antrag mit den gleichen Ansätzen von Simone Brunner nicht unterstützt hat.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Eine Vorbemerkung: Wir dürfen alle davon ausgehen, dass die Wirtschaft ihre Lernenden wenn immer möglich suchen und einstellen wird. Wieso macht sie das? Wem ein Jahrgang Lernende fehlt, dem fehlen später auch die Fachkräfte, denn die

älteren Mitarbeitenden werden trotzdem pensioniert. Davon dürfen wir ausgehen. Wir sprechen hier vom sogenannten „Übergang 2“, dem Übergang von der Schule in die Berufswelt; dafür ist die Dienststelle Berufs- und Weiterbildung zuständig. Diese Dienststelle ist extrem sensibilisiert, denn dieser Übergang ist auch unter normalen Bedingungen extrem heikel. Dabei spielt sich im Leben eines Jugendlichen einiges ab. Deswegen verfügt die Dienststelle auch bereits über sehr gute Instrumente. Die gute Grundaufstellung dieser Instrumente hilft uns jetzt auch in der Krise. Es wäre falsch, in der Hektik neue Instrumente zu erfinden; eine Ergänzung kann durchaus infrage kommen. Wir intensivieren aber die Instrumente, welche sich in den letzten Jahren bewährt haben. Wichtig ist auch, dass man die persönlichen Verbindungen von der Dienststelle und vom Gewerbe zu den Verbänden hat. Das hilft uns jetzt, und es wäre nur begrenzt sinnvoll, einfach mehr Personal einzustellen. Bis diese neu angestellten Personen alle vernetzt wären, ist die Krise hoffentlich vorbei. Wir sind uns auch an Mutationen bei den Lehrverträgen gewöhnt, weil entweder die Lernenden eine Allergie haben, etwa die Mehlallergie, oder der Lehrbetrieb schliesst. Es kann aber auch zu sonstigen Problemen mit den Lernenden oder dem Lehrbetrieb kommen. Deshalb ist die Dienststelle bereits darin geübt, sofortige Anschlusslösungen zu finden. Jonas Heeb wollte wissen, über welche Instrumente wir bei Lehrvertragsauflösungen verfügen. Eines der besten Instrumente ist die persönliche Vernetzung mit den entsprechenden Unternehmen, aber auch die Lehrstellenplattform. Diese braucht es in der Regel nicht, denn die Jugendlichen sind sich gewohnt, im Internet nach entsprechenden Möglichkeiten zu suchen. Zudem gibt es noch die ZEBI und das Beratungs- und Informationszentrum für Bildung und Beruf (BIZ). Wir verfügen zudem über Auffanglösungen für Jugendliche, die aus der Sekundarschule kommen und keine Lehrstelle finden. Diese Möglichkeiten gab es aber schon immer; wer keine Lehrstelle hat, wird automatisch für das Brückenangebot angemeldet, damit niemand zwischen Stuhl und Bank fällt. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die vorhandenen Instrumente gut sind und wenn nötig angepasst werden können. Wir dürfen auf die bisherige Erfahrung zählen. Aus den genannten Gründen bitte ich Sie, das Postulat wegen Erfüllung abzulehnen. Mit Erfüllung meine ich nicht Stillstand, sondern dass wir auf die Schnelle keine zusätzlichen Instrumente finden müssen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 77 zu 32 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 61 zu 46 Stimmen teilweise erheblich.